

Erstet täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Koblenz und Geyers  
Johannisstraße 33.

Verantwortlicher Redakteur:  
Vormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Die Redakteur-Verantwortung  
übernimmt der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Literaten an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Fällen für Inf. Annahme:  
Cris. Krumm, Unterwallstraße 22,  
Tele. 234, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 1/2 9 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Auflage 16,000.**

Abonnementpreis viertel. 4/3, viertel.  
incl. Fragnerlohn 5 Bk.,  
durch die Post bezogen 6 Bk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 39 Bk.  
mit Postbefreiung 48 Bk.

Inserate 50 Pf. Zeitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Zah nach höherem Tarif.

Kleinere unter dem Redaktionsdruck  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Wabst wird nicht  
gegeben. Zahlung pränumerando  
oder durch Postnachschuß.

**№ 234.**

**Freitag den 22. August 1879.**

**73. Jahrgang.**

## Bekanntmachung.

Künftigher in nächster Zeit im Bezirke der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft stattfindenden Truppenübungen wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß das Betreten beschränkter Felder von Seiten des Publicums zu Vermeidung unangenehmer Bekämpfung nach § 388 pt. 9 des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs \*) zu unterlassen ist.

Die Polizeibehörde sowohl, als auch die betreffenden Flurenbesitzer werden in dieser Hinsicht die strengste Maßnahme zu ergreifen.

Leipzig, am 20. August 1879.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**  
In Stellvertretung:  
Dr. Schöber. S.

\*) §. 388 pt. 9. des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs lautet:  
Mit Geldstrafe bis zu sechszig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:  
wer unbefugt über Gärten oder Weinberge, oder vor beendeter Ernte über Wiesen, oder be-  
kultete Acker, oder über solche Acker, Wiesen, Weiden oder Schonungen, welche mit einer  
Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungsschilder untersagt ist, oder  
auf einem durch Warnungsschilder geschlossenen Privatwege geht, fährt, reitet oder Vieh  
treibt."

## Bekanntmachung.

Die Lieferung von einer Million Stück Mauerziegel zu den künftigen Schleusenbauten soll für die Jahre 1880 und 1881 auf dem Submissionsweg verbunden werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Bauamt, Mittheilung für Tiefbau, Rathhaus,  
1. Etage, Nummer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Beizugliche Offerten sind versehen und mit der Aufschrift  
„Lieferung von Mauerziegeln auf die Jahre 1880 und 1881 betreffend“  
versehen ebendort und zwar  
bis zum 8. September l. J., Nachmittags 5 Uhr.

Leipzig, am 20. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Baugemein.

## Gutsverpachtung.

Die Colonie des der Stadtgemeinde Leipzig gebührenden Rittergutes Zandau mit 243 Acker 10 □ R.  
— 134 Decar 50,02 Akr Feld (wovon ca. 130 Acker drainirt sind) und Wiese u. soll vom 1. April 1880  
an auf zwölf Jahre an den Meistbietenden anderweit verpachtet werden und bestimmen wir hierzu einen  
Verpachtungstermin auf

Sonnabend, den 6. September d. J., Vormittags 11 Uhr  
im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, an, welcher pünktlich zur ange-  
gebenen Stunde eröffnet und, sobald kein Gebot mehr erfolgt, geschlossen wird.  
Die Verpachtung und Verpachtungsbedingungen, sowie eine Flurkarte und der Drainirungsplan  
liegen in unserer Colonie-Inspection im alten Johannisbischhof zur Einsichtnahme aus, wo auch sonst  
etwa gewünschte nähere Auskunft über das zu verpachtende Gut erteilt werden würde.  
Leipzig, den 26. Juli 1879.

## Bekanntmachung.

Wegen Ausführung der Pfasterarbeiten wird die kleine Fleischergasse vom Neufriedhof bis zur Koster-  
gasse und die Große Fleischergasse auf der Strecke von der Kleinen Fleischergasse bis zur Einmündung  
nach dem Neufriedhof vom Sonnabend den 23. August laufenden Jahres bis auf Weiteres für den Fahr-  
verkehr gesperrt.

Leipzig, den 21. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Richter.

## Königl. Sächs. Landesamt.

Wegen Reinigung der Localitäten sind die Expeditionen des Landesamtes  
Zamstag, den 21., und Freitag, den 22. August d. J.  
von Mittags 12 Uhr an geschlossen.  
Leipzig, am 19. August 1879.

## Die Nationalliberalen in Hannover.

Die Parteiverhältnisse in Hannover sind, wie wir bereits mehrfach hervorgehoben, ganz dazu angethan, dauernd im Vordergrund des politischen Interesses zu stehen. Auch über die Stellung, welche in Hannover von der Regierungsseite bei den Wahlen genommen wird, circuliren — wie die „N. Z.“ meldet — merkwürdige Nachrichten. Der wenig Wochen her die Regierungsgewalt über eine Reichstagswahl für einen erklärten Welfen gegen einen Nationalliberalen offen Partei genommen; jetzt werden Vorbereitungen ähnlicher Art berichtet. Es werden Versuche gemacht, eine conservativ-preussische Partei zu Stande zu bringen, Besuche, die immer nur zu Gunsten der Welfenpartei ausschlagen, die ja auch unter der Wucht dieser Verhältnisse an Stärke und Zueversicht wächst. Die „Süddeutsche Presse“, welche in der letzten Zeit wegen ihrer unausgesetzten Angriffe gegen den sogenannten linken Flügel der Nationalliberalen von den Regierungsbildnern mit Auszeichnungen überhäuft wurde, sagt:

Die preussische Regierung und Wahlpolitik in Hannover erscheint in diesem Augenblick im Zusammenhang wahrlich als eine Politik der Unbegreiflichkeit, wenn man nicht etwa Hannover den Welfen wiederwenden will, was doch wohl nicht gerade wahrscheinlich oder in den preussischen Traditionen gelegen wäre. Allein die allgemeine deutsche Partei, Wahl- und Parlamentarismus ist bekanntlich fest und von allen Seiten nach dem erbebenden Grundlag geleitet worden, daß die Vererbung und Schöpfung des augenblicklichen Gegners die Hauptsache sei, gleichviel was dabei für das Ganze herauskommt. Bisher hielt man den Fürsten Bismarck aber einen solchen politischen Standpunkt weit erhaben. Sollte die Wiedereinnahme der deutschen Parteiwiese endlich selbst auf ihn abzusinken beginnen? Schwer zu glauben wäre es. Aber im Hinblick auf die hannoversche Wahlpolitik steht es beinahe so aus.

Dasselbe Blatt meint noch, in Hannover spiele jetzt die Frage, ob Windthorst den Reichstagsler oder der Reichstagsler Windthorst dürfe. Es erinnert daran, wie die Fühlung zwischen dem Führer des Centrums und dem Fürsten Bismarck gelegentlich der Verhältnisse der Königin Marie begonnen hat, und fährt dann fort:

In diese Dinge spielt noch einiges Andere hinein. Der Alenburger Besuch der Königin Marie und ihrer gleichnamigen jüngeren Tochter bei ihren dortigen Verwandten mag außerordentlich wichtig sein, obgleich der genannte Hof zu den Berliner Politik unter den kleinen deutschen Höfen allerdings gehört. Größlicher gibt es zu denken, daß die ältere weibliche Prinzessin Friederike sich unausgesetzt in London aufhält und nach neueren Berichten die Hand des vermittelnden Großherzogs von Hessen anstrebt. Bekanntlich sollte die Königin Victoria ihrem vermittelnden Schwieger-  
sohn die Hand ihrer einzigen noch unvermählten Tochter Beatrice gegeben haben. Das mag nun eine innere weibliche Familienangelegenheit sein. Endlich soll der Herzog von Cambridge den Fürsten Bismarck in Rottungen auszusuchen haben. Der genannte Better der Königin von England ist mit dem Herzog von Braunschweig und dem präsen-  
dierenden Herzog Ernst August von Cumberland der letzte männliche Welfe. Was übrigens den Herzog von Cumberland betrifft, so soll derselbe einflußreicher als jemals in Hannover agiren und auch in Braunschweig nach besser, aber freilich nicht sonderlich großer Möglichkeit Propaganda zu machen suchen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist der folgende Artikel des „Hannoverschen Couriers“, eines

Blattes, welches zu den Führern der hannoverschen Nationalliberalen in nahen Beziehungen steht. Man darf sich erwarten, daß die darin besprochene „Versammlung von Vertrauensmännern in Hannover“ von entscheidendem Einfluß auf die Haltung der nationalliberalen Partei überhaupt sein wird. Das genannte Blatt schreibt:

Die Ereignisse innerhalb der nationalliberalen Partei gegen den Schluß der letzten Reichstagsession, welche den Austritt einer Anzahl von Mitgliedern der Partei, namentlich süddeutschen, aus der Partei im Gefolge hatten, die nicht immer übereinstimmende Stellung der hannoverschen Reichstagsabgeordneten zu den wirtschaftlichen Fragen, die nach Schluß der Reichstagsession landesübliche Absicht des Herrn Rudolf v. Bennigsen, sich teilweise von dem parlamentarischen Leben zurückziehen und ein Mandat für das neu zu constituirende Abgeordnetenhaus nicht annehmen zu wollen, ließen es als wünschenswerth erscheinen, daß unter den Liberalen der Provinz Hannover ein Meinungs-  
austausch über die Lage der Dinge stattfände. In ähnlicher Weise war man schon in früheren Jahren bei wichtigen Anlässen vorgegangen, und immer mit gutem Erfolge. Das Provinzialwahl-  
comité in Hannover beschloß deshalb, eine Ver-  
sammlung von Vertrauensmännern aus den verschiedenen Theilen der Provinz zu einer vertraulichen Besprechung hier in Hannover auf Sonntag, den 10. August, zusammenzubringen. Auch diesmal war dies Vorhaben von bestem Erfolge begleitet. Die Eingeladenen, darunter die liberalen Abgeordneten der Provinz, hatten sich fast vollständig eingefunden; nur einige waren durch nicht zu behebende Hindernisse abgehalten zu erscheinen, hatten aber, so weit das bei der gegebenen kurzen Frist noch möglich war, Gesinnungsgenossen für sich gefunden.

Brägte sich schon darin in erfreulichster Weise aus, daß das Band, welches die hannoverschen Liberalen bei ihrer politischen Arbeit seit so langen Jahren zusammengehalten, auch heute noch fest und kräftig war, so zeigte sich das noch kräftiger und erhabender in der Versammlung selbst. Alle erschienen besetzt mit dem frischen Willen, fest und einmütig weiter zusammenzuhalten, ihre Zusammengehörigkeit unerschütterlich aufrecht zu erhalten zu wollen. So nahm die Verhandlung einen in jeder Beziehung befriedigenden Verlauf.

Es fanden nur zwei Gegenstände zur Discussion. Zunächst beschäftigte sich die Versammlung, anknüpfend an die von allen Theilen der Provinz eingeleiteten, in lebhaftester Weise landesüblichen Wünsche, mit der Frage, ob es möglich sei, Herrn von Bennigsen zu bewegen, seinen Entschluß, sich vorläufig vom politischen Leben zurückzuziehen, nicht auszuführen. Die Versammelten waren einmütig der Ansicht, daß darauf zielende Versuche gemacht werden müßten, und zwar so energisch wie möglich. Man wollte denjenigen, welchen Herr von Bennigsen landesüblich, daß sein Entschluß unumstößlich sei, kaum glauben, und ließ sich in der Ansicht nicht wanken, daß ein noch mächtiger, von den wärmsten Sympathien der Versammlung getragener Appell an den langjährigen Führer der Partei von Erfolg sein könne. Es wurde daher auf einen aus der Versammlung herausgehenden Vorschlag des Provinzialwahlcomité in Hannover beantragt, nochmals darauf gerichtete Versuche bei Herrn von Bennigsen in nachdrücklicher Weise zu machen. Da dieser auf einer Erholungsreise abwesend war, da dieser auf einer Deputation den Wunsch der Versammlung kund zu thun, nicht ausführbar. Mit einer freudig dargebrachten Ovation für Herrn von Bennigsen schloß dieser Theil der Verhandlungen. Der zweiten Theil füllten die bis spät in den Abend dauernden Erörterungen eines Wahlaufsatzes für die Provinz Hannover und die Mittelbarungen über den Stand der Dinge in den einzelnen Wahlkreisen. Ueber letztere haben wir bereits einige Mittheilungen gemacht; sie sind erfreulicher Natur;

die nationalliberale Partei wird, falls sie bei den Vorarbeiten zu den Wahlen nicht lässig ist, ihren Bestehenden im Abgeordnetenhaus wahren, ihn vielleicht noch vergrößern.

Was den Wahlaufsatz anbelangt, der das Programm der national und liberal gesonnenen Wähler der Provinz für die Abgeordnetenwahlen enthält, so wurde Punkt für Punkt in eingehender Weise erörtert. Principielle Gegensätze ergaben sich dabei in der Versammlung gar nicht. Die sich kundgebenden abweichenden Meinungen betrafen äußerliche Dinge und fanden bald einen nach allen Seiten hin befriedigenden Vereinigungspunkt. Aus den verschiedenen Theilen der Verhandlungen, deren vertraulicher Charakter jetzt wohl nicht mehr aufrecht erhalten zu werden braucht, eingehende Mittheilungen zu machen, erscheint deshalb überflüssig.

Die Veröffentlichung des Aufsatzes steht bevor. Wir begen nicht den geringsten Zweifel, daß er die lauteste Zustimmung in allen Theilen der Provinz finden wird. Daß diese doch nicht in echt deutscher Gerinnung die Wahne eines leichten und gemäßigten Fortschritts hochgehalten.

Man darf in der That auf die Publication dieses Aufsatzes gespannt sein, der hoffentlich dazu angethan ist, die Partei vor dem Beginn der Wahlen zu sammeln und die Taktik zu bestimmen, durch welche den coalirten Gegnern mit Rücksicht auf Erfolg entgegenzutreten ist: nicht nur in Hannover, sondern weit über die Grenzen dieser schönen Provinz hinaus.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 21. August.

Der Unwille, welchen das Vorgehen der Berliner officiösen Presse gegen die liberalen Parteien in ganz Deutschland hervorgerufen, scheint die Regierung doch einigermaßen schlag gemacht zu haben. Wider alles Erwarten wird jetzt mit milderem Tonfall die „Revolutionären“ der Text gelesen. Unser Berliner Correspondent signalisirt diese veränderte Taktik der Regierung in einem Bericht vom Mittwoch wie folgt: „Die heutige „Prov.-Corresp.“ schlägt einen verhältnismäßig viel unabhängigeren Ton an, als in der vorigen Woche. Das halbamtliche Organ schießt offenbar das Bedürfnis, einigermaßen einzulenken, da schon jetzt sich herausstellt, daß die allzu scharfe Diktation der Regierungsgesetze im Lande einen sehr verhängnisvollen Eindruck gemacht hat. Die „Prov.-Corr.“ hält allerdings die Wahl-Parole, „Schutz oder Preisgebung der nationalen Arbeit“ noch immer aufrecht und verteidigt sie namentlich gegen den Einwand, daß der Schutz der nationalen Arbeit nicht zu den Aufgaben des Landtags gehöre. Da nämlich die Bekämpfung der neuen Handelspolitik sich als ein Versuch darstelle, die Ausführung des Gesetzes zu führen, so habe die Regierung die stärksten Gründe. Die Einheit der Handelspolitik und der Reichspolitik in diesem Falle zur vollen Geltung zu bringen. Gleichzeitig wird auf die Ankündigung von Städtetagen und Städtebündnissen zur Befestigung der eben beschlossenen Politik hingewiesen und die Unabhängigkeit städtischer Obergewalten zur Kritik der Reichs- und Landespolitik mit großem Nachdruck in Rede gestellt. Nebenbei aber versucht das ministerielle Organ die Furcht vor einer „Reaction“, welche die Gegner der Regierung zu erregen sich bemühen, als ein „ungründbares Schreckbild“ darzustellen. Vielleicht wäre der angenehme ansässige Ton des ganzen Artikels, den man wohl nicht mit Unrecht auf den zwar hochconservativ gesonnenen, aber durchaus gentlemanlichen Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, zurückzuführen

wird, geeignet, der Regierung mehr Freunde zu erwerben, als die wüthenden und zugleich ungeschickten Ausschüsse der vorigen Woche gegen die Fortschrittspartei und den linken Flügel der Nationalliberalen, wenn er nicht auf durchaus haltlosen Voraussetzungen und unrichtigen Schlüssen beruht und zugleich die Verlegenheit der Regierung verleihe, ihrerseits ein halbwegs nichthaltbares Wahlprogramm anzustellen. Es ist selbst dem radicalsten Feindbändler nicht in den Sinn gekommen, der Ausführung des Zollgesetzes hindernd in den Weg zu treten — „dura lex, sed lex“ ist der Wahlspruch jedes liberalen Mannes und die Auslieferung gegen einmal beschlossene Staatsgesetze wird von den liberalen Parteien lediglich den neuen Verbündeten der Regierung, den jetzt gefährlichen Liberalen überlassen. Aber diejenigen Parteien, welche die liberale Gesetzgebung des letzten Jahres für die Ursache alles Uebels über unser Vaterland heringebrochen unheilvoll verhängen und sie bis auf die letzte Wurzeln ausgegraben haben möchten, haben doch wahrhaftig keine Ursache, sich darüber zu beschweren, daß die liberalen Parteien das Volk über die Bedenklichkeit der neuen Handelspolitik aufzuklären und die Befestigung derselben auf dem Wege der Gesetzgebung vorzubereiten bemüht sind. Auch ein zweiter Artikel der „Prov.-Corr.“, der sich mit dem Proteste der „Reichen Zeitung“ gegen die von einigen Fortschritt-Organen angegebene Forderung: „Weg mit Bismarck!“ und den dagegen gerichteten Anklagen der „Volkzeitung“ beschäftigt, macht einen eigenthümlichen Unterschied zwischen den Organen der Regierung und den conservativen Blättern, welche letzteren der Vorwurf zugeworfen wird, jene radicale Forderung angenommen zu haben.“

Von dem Ministerwechsel in Preussen ganz abgesehen, erregt die Befragung einiger Ministerialämter andauernd die größte Sensation. Fürst Bismarck weiß sich seine Weisungen da anzufuchen, wo er sie findet. Besonders der neue Unterstaatssecretair, der erst 41 Jahre zählende Herr v. Goltz, unter den jüngeren Conservativen die weitaus bedeutendste Kraft, gilt für einen schneidigen Vertreter strengconservativer Anschauungen. Und trotz dieser, eines Commentars wahrlich nicht bedürftiger Personalveränderungen, trotz des offenen Bekennnisses des neuen Cultusministers, daß er mit seinem Amtsvorgänger „nicht in allen wesentlichen Beziehungen“ übereinstimme, möchten diejenigen, die nun einmal den Umschwung der Dinge nicht erkennen wollen, noch immer glauben machen, daß in Preussen „im Wesentlichen“ Alles beim Alten bliebe!

Auch die bereits erwähnte Ernennung des bisherigen Directors der Abtheilung für das Staats- und Cassenwesen im Finanzministerium, Reinecke, zum Unterstaats-Secretair rüst allgemeines Erstaunen hervor. Die Ernennung kam für alle Kreise vollständig überraschend; selbst die Officiellen, die meist in der Lage sind, die bevorstehenden Ernennungen im Staats- und Reichsdienste einige Tage vor ihrer officialen Veröffentlichung unter Begleitung von Besonderen mitzutheilen, schienen diesmal nicht unterrichtet gewesen zu sein. Auch im preussischen Finanzministerium selbst ist bisher der Wunsch nach einem Unterstaatssecretair nicht hervorgetreten; die Stelle steht, wie bereits berichtet, in Folge dessen auch nicht im Etat. Sämtliche Finanzminister vor Herrn Ritter haben ohne die Billie eines Unterstaats-